

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

4. Juli 2014

Rot-Grün für neues Uranmüll-Dauerlager in Gronau: Atomkraftgegner von Landtagsdebatte enttäuscht

„Nach Zwischenlager-Fiasko in Jülich kein neues Atomlager in Gronau“

Die Münsterländer Anti-Atomkraft-Initiativen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sind stark enttäuscht von der heutigen Debatte im Düsseldorfer Landtag zur drohenden Inbetriebnahme des neuen Uranmüll-Dauerlagers an der Urananreicherungsanlage Gronau. Die rot-grüne NRW-Landesregierung weigerte sich, aus dem Zwischenlager-Fiasko in Jülich Konsequenzen zu ziehen. Die Landesregierung will nicht einmal die Beratungen der Endlager-Suchkommission abwarten, bevor sie über die Inbetriebnahme des Uranmüll-Dauerlagers in Gronau entscheidet. Der Landtag lehnte den entsprechenden Antrag der Piraten ab. Damit droht in NRW nun konkret die Entstehung eines neuen Atommülllagers.

In Gronau sollen 60 000 Tonnen Uranoxid zeitlich unbefristet in einer Halle gelagert werden, die nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert ist. Die sichere Entsorgung des Atommülls steht weiter in den Sternen. Allerdings gab Wirtschaftsminister Garrelt Duin an, dass er in der Endlager-Suchkommission darauf gedrungen habe, auch die Entsorgung des Gronauer Uranmülls bei der Endlagerplanung zu berücksichtigen. Unklar blieb, ob er mit diesem Anliegen Erfolg hatte.

Neu war auch die Aussage des Ministers, dass mit dem Antrag auf Inbetriebnahme des Uranmülllagers in Gronau durch die Betreiberin „frühestens 2015“ zu rechnen sei. Ansonsten hofften zwar alle Redner von SPD, Grünen, CDU und FDP, dass die Zwischenlagerung nicht zu einer Endlagerung werde. Reale Fortschritte bei der sicheren Entsorgung des Atommülls konnte jedoch keine Partei vorweisen.

„Die Zwischenlagerung von Atommüll ist ein Flug ohne Landebahn, denn es gibt keine sichere Atommüllentsorgung. Wenn in Gronau jetzt 60 000 Tonnen Uranmüll zeitlich unbefristet in einem neuen „Zwischen“-Lager gelagert sollen, droht die schleichende Entstehung eines oberirdischen Endlagers. Die NRW-Landesregierung darf gerade nach dem Zwischenlager-Fiasko in Jülich dieses Uranmüll-Dauerlager auf keinen Fall genehmigen,“ forderte Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und Mitglied im Arbeitskreis Umwelt Gronau.

„Das Castor-Fiasko in Jülich hat gerade erst wieder verdeutlicht, dass sich Atommüll nicht einfach entsorgen lässt. Unter diesen Umständen darf nicht ständig neuer Atommüll produziert werden – allein in Gronau fallen bei der Urananreicherung jedes Jahr bis zu 7000 Tonnen Uranmüll an. Verantwortungsvoll kann nur die sofortige Stilllegung der

Urananreicherungsanlage Gronau sein,“ forderte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen kündigten Proteste gegen die drohende Inbetriebnahme des Uranmülllagers und für die sofortige Stilllegung der Urananreicherungsanlage in Gronau an.

Weitere Infos: www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.bbu-online.de